

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII

1. Teil

Grundlagen

1. Kapitel: Einleitung	3
2. Kapitel: Regelungsbereich, spezifische Gefahrenlagen, Ziele, Mittel	9
A. Was ist Verbraucherschutzrecht?	9
I. Notwendigkeit einer begrifflichen und inhaltlichen Konzentration	10
II. Definition des Verbraucherschutzrechtes	11
1. Bezug zum „Verbrauch“ als tatsächlichem Vorgang	12
2. Bezug zur „Rolle des Verbrauchers“	12
3. Resümee	12
B. Spezifische Gefahrenlagen	13
I. Divergierende Interessen zwischen Verbrauchern und Unternehmern	13
II. Gestörte Selbstregulation des Marktes durch Kräfteungleichgewicht	14
III. Unterschiedliche Begründungsansätze für das Kräfteungleichgewicht	15
1. Informationsdefizit	15
2. Rollensoziologisch bedingte Asymmetrien	16
3. Organisationsprobleme	16
4. Defizite bei der Rechtsdurchsetzung	17
IV. Reflektion des Ungleichgewichts in der gesetzgeberischen Einschätzungsprärogative	18

C. Ziele des Verbraucherschutzes	19
I. Gesundheitsschutz	19
II. Beförderung optimaler Marktentscheidungen des Verbrauchers	19
III. Niederschlag dieser Ziele in diversen Schutzprogrammen	19
D. Mittel zur Umsetzung der für den Verbraucherschutz definierten Ziele	21
I. Rechtsetzung auf nationaler und supranationaler Ebene innerhalb Europas	21
1. Die Ebene des primären Gemeinschaftsrechts	21
2. Die Ebene des sekundären Gemeinschaftsrechts	22
3. Die Ebene des nationalen Rechts	31
II. Rechtsanwendung durch die Gerichte	31
1. Die Rechtsprechung des EuGH	31
2. Die nationale Rechtsprechung	33
3. Vom Richterspruch zum Gesetzesrecht	34
III. Gesetzliche und gesetzesbegleitende Maßnahmen	34
E. Kategorienbildung	35
I. Marktkomplementäre Instrumente	35
1. Regulierung von Markt(über)macht durch Kartellverbote und Auflagen	36
2. Regulierung des Rechts des unlauteren Wettbewerbs durch das Lauterkeitsrecht	37
3. Verbraucherinformation	37
II. Marktkompensatorische Instrumente	42
III. Auswertung	43
IV. Widerspiegelung dieser Elemente im geltenden Verbraucherschutzrecht	44
3. Kapitel: Verbraucherschutz in der Konsumgesellschaft, Internationalität, politische Neutralität	45
A. Herausbildung eines entsprechenden Rechtsbewusstseins	46
I. Wirtschaftsliberale Grundausrichtung des Zivilrechts zu Anfang des BGB	46
II. Einbrüche in die liberale Grundausrichtung	48

B. Verbraucherschutz als Antwort auf neue Gefahren	50
I. Fehlen der Marktübersicht	50
II. Existenz von unaufrichtigem Marktverhalten	51
III. Problem des Nichtbestehens echten Wettbewerbs	52
IV. Ungleiche Stellung der Marktteilnehmer	54
C. Internationalität des Verbraucherschutzphänomens	55
I. Erster Trend: Etablierung nationalen Verbraucherschutzrechts	55
II. Zweiter Trend: Etablierung zwischenstaatlichen Verbraucherschutzes	56
D. Wirtschaftspolitische Neutralität von Verbraucherschutz	56
 4. Kapitel: Querschnittscharakter, Verbraucherschutz- oder Verbraucherprivatrecht	 58
A. Verbraucherschutzrecht als Querschnittsmaterie	58
I. Querschnittscharakter auf der Ebene der EU	59
II. Querschnittsmaterie auf der Ebene des nationalen Rechts	59
1. Verbraucherschutz durch öffentliches Recht	59
2. Verbraucherschutz durch Strafrecht	60
3. Verbraucherschutz durch Wettbewerbsrecht	60
4. Verbraucherschutz durch Zivilrecht	60
B. Verbraucherprivatrecht als Teil des Verbraucherschutzrechts	62
C. Verbraucherschutzrecht oder Verbraucherrecht	62
I. Assoziation bestimmter Instrumente	62
II. Inhaltliche Neuausrichtung	63
III. Kritik	65
IV. Schlussbemerkung	66
 5. Kapitel: Das Verbraucherprivatrecht als Regelungstypus und Sonderprivatrecht	 67
A. Verbraucherprivatrecht als Regelungstypus	67
I. Normendichte oder Quantitätsargument	68
II. Normenhöhe oder Qualitätsaspekt	68

1. Modifikation des Zivilrechts durch Verbraucherprivatrecht ...	69
2. Folgerung: inhaltliche Aufwertung und stärkere Regelungsstringenz	73
3. Trotzdem: Beibehaltung der Sonderstellungen auch im BGB ...	74
III. „Gefährdungslagen“ als Anknüpfung für ein typisiertes Schutzbedürfnis	75
1. Personales Element (Verbraucherschutzrecht i.e.S.)	76
2. Das situative und/oder vertragsspezifische Element (Verbraucherschutzrecht i.w.S.)	83
3. Die Anknüpfungspunkte in der Diskussion um das Sonderprivatrecht	84
4. Aktuelles Verbraucherschutzrecht als Mix der verschiedenen Elemente	86
IV. Der gemeinsame Herkunfts- und Wirkungsaspekt des Verbraucherschutzrechts	91
1. Herkunftsaspekt: Verbraucherschutzrecht durch europäische Vorgaben	91
2. Wirkungsaspekt: Verbraucherschutzrecht als Mittel der EU-Rechtsangleichung	91
V. Kennzeichen des Problemimpulses	93
1. Erste Ursache: Keine umfassende Regelungskompetenz der Gemeinschaft	94
2. Zweite Ursache: Notwendigkeit einer gewissen „Rechtsmasse“	96
VI. Kennzeichen der überschießenden Umsetzung	98
1. Sinn und Zweck der überschießenden Umsetzung im Allgemeinen	98
2. Relevanz für die „hochgezüchtete“ deutsche Zivilrechts- kodifikation	99
3. Systembedingtheit von Friktionen	99
VII. Zivilrecht auf dem Weg zu einem neuen, sozialen Grundkonzept?	100
1. Verbraucherschutzrecht als Materialisierungsantrieb des gesamten Zivilrechts?	100
2. Streit um die Wechselwirkung zwischen Verbraucher- und allgemeinem Zivilrecht	115

B. Verbraucherschutzrecht und der Streit um das Sonderprivatrecht .	120
I. Was Sonderprivatrecht ist	122
1. Formelle Kriterien	122
2. Materielle Kriterien	126
3. Handelsrecht und Verbraucherprivatrecht als Testfälle des Sonderprivatrechts	126
II. „Abwehrstrategien“ der Literatur und ihre kritische Würdigung ..	130
 6. Kapitel: Unterschiedliche Verbraucherschutzkonzeptionen als Ausdruck unterschiedlicher Legitimationserwägungen ...	135
A. Verschiedene Verbraucherschutzkonzeptionen	136
I. Altliberales Modell	137
II. Neues, liberales (Informations-)Modell	138
III. Soziales (Verbraucherschutz-)Modell	141
1. Situativer/vertragsbezogener Ansatz	142
2. Verallgemeinernder, rollensoziologischer Ansatz	143
B. Die Konsumenten- und die Unternehmersouveränität	144
I. Die Konsumentensouveränität: Herrschaft der Abnehmer	145
II. Die Annahme der Produzentensouveränität: Herrschaft der Anbieter	146
C. Die Verbraucherleitbilder bezüglich der Unternehmer-/ Verbraucherherrschaft	147
I. Homo oeconomicus	148
II. Aufzuklärender homo oeconomicus	150
III. Schutzbedürftiger Verbraucher	151
IV. Determination der Leitbilder in Judikative, Legislative und Rechtswissenschaft	152
1. Judikatur	152
2. Legislative	155
3. Rechtswissenschaft	156
4. Resümee	157
V. Plädoyer für das Leitbild des flüchtigen, unmündigen Verbrauchers	157
1. Forderung de lege ferenda	158
2. Möglichkeiten de lege lata	159

D. Unterschiedliche Marktkonzeptionen/Leitbilder – unterschiedliche Instrumente	162
I. Laissez-Faire-Ansatz des altliberalen Modells	162
II. Information und Wettbewerb nach dem liberalen Informationsmodell	163
III. Abschluss- und Inhaltskontrolle nach dem sozialen Verbraucherschutzmodell	164
E. Rollensoziologisches Verbraucherleitbild und die neue Sichtweise von der Privatautonomie	165
I. Einführung in den Problemkreis	165
II. Klassische und moderne Sichtweise der Privatautonomie	166
1. Klassische Sichtweise der Privatautonomie	167
2. Neuere Sichtweise der Privatautonomie	170
3. Resümee	173
III. Problem der Verifizierbarkeit der Disparität und der Umgang damit	174
1. Ablehnung der Verifizierbarkeit einer Paritätsstörung	175
2. Bejahung der Feststellbarkeit einer Paritätsstörung	176
3. Lösung: Einschätzungsprärogative der Legislative	177
4. Resümee	179
7. Kapitel: Historische Entwicklung des Verbraucherprivatrechts	180
A. Vorläufer des Verbraucherschutzes aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit	180
B. Polizeiordnungen des 17. und 18. Jahrhunderts	181
C. Erster Meilenstein: Abzahlungsgesetz von 1894	181
D. Weitere Impulse aus der Verbraucherpolitik der letzten fünfzig Jahre	184
I. AGB-Gesetz	185
II. FernUS-Gesetz	187
III. Vorschriften zum Schutze des Pauschalreisenden	188
IV. Schlussbemerkung	189

E. Triebkraft „Europa“	189
I. Allgemeines zur Entwicklung im Primärrecht	190
1. Vor der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte .	190
2. Nach dem Erlass der Einheitlichen Europäischen Akte	191
3. Nach der Verabschiedung des Vertrages von Maastricht	192
4. Nach der Verabschiedung des Vertrags von Amsterdam	193
5. Der Reform-Vertrag von Lissabon	195
II. Programme und Beschlüsse der Gemeinschaft	195
III. Die Richtlinienfähigkeit der Kommission	198
1. Richtlinienfähigkeit vor der Verabschiedung der EEA	199
2. Richtlinienfähigkeit nach der Verabschiedung der EEA	199
3. Die bedeutendsten Richtlinien in einer kurzen chronologischen Übersicht	199
IV. Schlussbemerkung	237
V. Kritische Auseinandersetzung mit neueren Entwicklungen in der Gemeinschaft	240
1. Kritik am Vollharmonisierungsansatz	241
2. Kritik am Herkunftslandprinzip	262
 8. Kapitel: Die Idee des einheitlichen europäischen Zivilrechts/ Verbraucherschutz und Binnenmarkt im Lichte des Mindeststandardprinzips	 267
A. Verbraucherschutz als Triebkraft für ein Europäisches Zivilgesetzbuch	267
I. Rechtstatsächliches	268
1. EU-Programme/Mitteilungen und Wissenschaftsprojekte	268
2. Vorbereitende und begleitende Projekte in der Rechtswissenschaft	271
3. Resümee	283
II. Verbraucherschutz als ein die Rechtsvereinheitlichung in Europa beschleunigender „Nukleus“?	284
1. Instrumentalisierung des Verbraucherschutzes	285
2. Ziel der Schaffung des Gemeinsamen Referenzrahmens als Vorstufe	287
3. Hindernisse für das zu entwickelnde Gemeinschafts- privatrecht	290
4. Resümee	297

B. Das Spannungsverhältnis zwischen Verbraucherschutz und Binnenmarkt im Lichte des Mindeststandardprinzips	301
I. Kenntlichmachung der Mindestharmonisierung durch die Regelungstechnik der „Öffnungsklausel“	301
II. Fehlende Vollharmonisierung als Hemmnis für den Binnenmarkt?	303
III. Kritik an der Vollharmonisierung wegen fehlender Primär- rechtskonformität und Aufgreifung dortiger Zielkonflikte	304
1. Ausprägungen des Spannungsverhältnisses im Primärrecht ...	306
2. Ausprägungen des Spannungsverhältnisses im Sekundärrecht .	309
3. Resümee	311
C. Zusammenfassende Schlussbetrachtung	313

2. Teil

Rechtstatsächliches: das Verbraucherschutzrecht de lege lata

1. Kapitel: Abstrakte Begriffe und Instrumente des Verbraucherschutzrechts	319
A. Der „Verbraucher“ und der „Unternehmer“ als zentrale Begriffe ...	319
I. Bedeutung: einheitlicher personeller Anknüpfungspunkt für das Verbraucherschutzrecht i.e.S.	319
II. Gesetzgebungsgeschichte hinsichtlich der Einführung der §§ 13, 14 BGB	320
III. Der Verbraucherbegriff	321
1. Der Verbraucherbegriff im supranationalen Gemeinschaftsrecht	321
2. Der Verbraucherbegriff im nationalen Recht	325
3. Divergenzen zwischen europäischem und deutschem Verbraucherbegriff	330
4. Grenzfälle bei der Einordnung nach § 13 BGB	331
5. Beweislast	341
IV. Der Unternehmerbegriff	342
1. Der Unternehmerbegriff im supranationalen Gemeinschaftsrecht	342
2. Der Unternehmerbegriff im nationalen Recht	345

B. Allgemein verwendete Instrumente des Verbraucherschutzes	347
I. Transparenzgebot und die Pflicht zur Vorabinformation	347
1. Transparenzgebot	349
2. Die Pflicht zur (Vorab-)Information	358
3. Sanktionen bei Pflichtverletzungen	378
II. Das Verbraucherwiderrufsrecht	385
1. Allgemeines	387
2. Gesetzgeberische Konzeption und ihre Wurzeln	388
3. Gesetzesgenese	390
4. Anwendungsvoraussetzungen	393
5. Rechtsfolgen der wirksamen Ausübung des Widerrufsrechts ..	401
6. Überarbeitungsvorschläge	415
III. Fehlende Dispositivität der Schutznormen, Umgehungsverbote, Einschränkung der Rechtswahlmöglichkeit	416
1. Unabdingbarkeit	416
2. Umgehungsverbote	417
3. Einschränkung der Rechtswahlmöglichkeit	419
 2. Kapitel: Besondere Ausprägungen des Verbraucherschutzrechts im vorvertraglichen, vertraglichen und außer- vertraglichen Bereich	 424
A. Vorvertragliches Verbraucherrecht	425
I. Reglementierung der Werbung nach dem UWG	426
1. Allgemeines	426
2. Entstehungsgeschichte	428
3. Europarechtliche Aspekte	430
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	431
5. Regelungsinhalt	432
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten	438
II. Reglementierung von unbestellten Warensendungen nach § 241a BGB	 441
1. Allgemeines	441
2. Entstehungsgeschichte	441
3. Europarechtliche Aspekte	442
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	443
5. Regelungsinhalt	443
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeit	447

III. Reglementierung von Gewinnmitteilungen	451
1. Allgemeines	451
2. Entstehungsgeschichte	452
3. Fehlen eines europarechtlichen Hintergrundes	452
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	453
5. Regelungsinhalt	456
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten	460
B. Allgemeines vertragliches Verbraucherrecht	462
I. Verbrauchervertriebsrecht	464
1. Reglementierung von Haustürgeschäften	465
2. Reglementierung von Fernabsatzgeschäften	480
3. Reglementierungen des elektronischen Geschäftsverkehrs	512
II. Reglementierung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	530
1. Allgemeines	532
2. Entstehungsgeschichte	536
3. Europarechtliche Aspekte	542
4. Regelungsinhalt	545
5. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten	564
C. Besonderes Verbrauchervertragsrecht	572
I. Kaufvertrag und Verbrauchsgüterkauf	572
1. Allgemeines	573
2. Entstehungsgeschichte	573
3. Europarechtliche Aspekte	574
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	578
5. Regelungsinhalt	581
II. Teilzeit-Wohnrechteverträge	629
1. Allgemeines	630
2. Entstehungsgeschichte	631
3. Europarechtliche Aspekte	634
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	637
5. Regelungsinhalt	640
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten	645
III. Finanzgeschäfte und Verbraucherkredite	649
1. Allgemeines	650
2. Entstehungsgeschichte	650
3. Europarechtliche Aspekte	656
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	664
5. Regelungsinhalt	665

IV. Pauschalreisevertrag	696
1. Allgemeines	696
2. Entstehungsgeschichte	697
3. Europarechtliche Aspekte	699
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	701
5. Regelungsinhalt	701
6. Rechtsschutz und Würdigung der Sanktionsmöglichkeiten	722
V. Dienstleistungsverträge	725
1. Der Fernunterrichtsvertrag	725
2. Der Wertpapier-Anlageberatungsvertrag	736
3. Der Darlehensvermittlungsvertrag	761
D. Deliktischer Verbraucherschutz durch Produzenten- und Produkthaftung	774
I. Allgemeines	774
II. Entstehungsgeschichte	776
III. Europarechtliche Aspekte	778
IV. Verhältnis zu anderen Vorschriften	781
V. Regelungsinhalt	782
1. Produzentenhaftung nach § 823 BGB	783
2. Produkthaftung nach dem ProdHaftG	796
3. Kapitel: Aspekte des zivilprozessualen Verbraucherschutzes	806
A. Allgemeines	806
B. Erkenntnisverfahren	808
I. Allgemeines	808
II. Grundprobleme	810
1. Der schwierige Zugang zum Recht	813
2. Erfolgsbarrieren vor Gericht	815
3. Negative volkswirtschaftliche Auswirkungen der mangelnden Rechtsdurchsetzung	817
III. Instrumente zur Problemabhilfe	818
1. Schlichtung als außergerichtliche Rechtskontrolle	818
2. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	821
3. Zuständigkeitsregelungen	825
4. Kollektivverfahren i.w.S. zur Wahrnehmung von Verbraucher- interessen	835
5. Kompensatorische Prozessleitung	869

C. Vollstreckungsverfahren	878
I. Allgemeiner Vollstreckungsschutz	878
II. Verbraucherinsolvenz	879
1. Allgemeines	880
2. Die Struktur des Verbraucherinsolvenzverfahrens	880
3. Problematik der Prozesskostenhilfe/Stundung der Verfahrenskosten	886
4. Möglichkeit eines „Null-Planes“?	887
5. Überlegungen de lege ferenda	888
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen gegen Verbraucher	889

3. Teil

Rechtstheorie

A. Einleitung	893
B. Einführung in die Diskussion um Rechtsprinzipien	896
I. Die (umstrittene) Existenz von Rechtsprinzipien	898
II. Der Bedarf nach Rechtsprinzipien und ihre Funktion	899
1. Die einende (integrierende) Funktion für das gesamte Recht ...	899
2. Die interpretierende Funktion bei der Gesetzesanwendung	901
3. Die lückenfüllende Funktion bei der Rechtsfortbildung	901
4. Die programmierende/richtungweisende Funktion	902
5. Die rechtsvergleichende Funktion	907
6. Resümee	907
III. Die Herausbildung und Kenntlichmachung von Rechtsprinzipien	910
1. Das Problem des normativen Maßstabes	911
2. Die unterschiedlich bewertete Ausgangsbasis für den Exzerptionsvorgang	913
3. Was Prinzipien sind: Zur Beschaffenheit des gesuchten „Objekts“	928
4. Prinzipienmehrheit, innere Spannungen sowie Über- und Unterordnung	931
IV. Beispiele für die Herleitung von Prinzipien und verwandte Tatbestände	933

1. Vertrauenshaftung	934
2. Die Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsschluss (cic)	934
3. Die positive Forderungsverletzung (pFV)	935
4. Resümee	936
 C. Die Verhaftung des Verbraucherschutzprinzips in der deutschen Rechtsordnung	 938
I. Die Wandelbarkeit von Prinzipien mit dem geltenden Recht	939
II. Die gewandelte Exzerptionsgrundlage	939
1. Die große Rechtsmasse und ihre thematische Spreizung	940
2. Die neue Verklammerung durch einheitliche Begriffe und Instrumente	 942
III. Die neue Grenzziehung zwischen Verbraucherrecht und sonstigem Zivilrecht	 943
1. Der Streit um die Generalisierung(snotwendigkeit)	943
2. Alpha- und Beta-Asymmetrien	944
3. Prinzipienbildung und Verschiebung der Grenze zwischen den Zivilrechtsbereichen	 946
IV. „Aus der sich zusammenballenden Masse entwickelt sich eine neue Kraft“	 947
1. Emergenz als bestimmendes Konzept	947
2. Universalität der Erscheinungsform	948
V. Problem: Fehlende Verifizierbarkeit der notwendigen „kritischen Masse“	 949
VI. Vergleich mit ähnlichen Erscheinungsformen/Inhalt des Prinzips	 950
VII. Fehlender Verstoß gegen höherrangiges, geschriebenes Recht	950
1. Unbedenklichkeit in Bezug auf Verfassungsrecht (Art. 2 I, 20 I GG)	 951
2. Unbedenklichkeit in Bezug auf das Primärrecht (Art. 169, 114, 12, 4 II lit. f) AEUV)	 961
VIII. Schlussfolgerungen für Politik, Gesetzgebung und Judikatur	963
1. Ausgangspunkt: „Wertungstendenz“ und die Ausbalancierung mit anderen Prinzipien	 963
2. Grenze: keine konturlose Relativierung der Vertragsbeziehung	964
3. Ergebnis: Differenzierte Umsetzung	966
4. Umsetzung bei der Evaluierung des Rechts/Schaffung neuen Rechts	 967

5. Konkrete Beispiele zur Umsetzung des Verbraucher-	
schutzprinzips	968
6. Schlusswort	991
Literaturverzeichnis	995
Stichwortverzeichnis	1071